

FRAKTUR

Die Antwort

In der Regel ist es im Leben ja so, dass man wahnsinnig viele Fragen hat, aber auf die meisten davon keine Antwort weiß. Bei der SPD ist es quasi umgekehrt. Laut ihrem Slogan für die Europawahl „Europa ist die Antwort“ hat sie die Antwort, aber sie kennt offenbar die Fragen nicht oder will sie uns nicht verraten. Das Phänomen ist aus Quizshows geläufig, in denen es um Schnelligkeit und um Richtigkeit zugleich geht. Da hebt der Quizmaster an zu fragen: „Welcher Grünen-Politiker hat zuletzt ...“ und beispielsweise Claudia Roth als prominenter Gast im Studio drückt den Buzzer, ruft „Robert Habeck!“, um dann empört den zweiten Teil der Frage zu hören: „... mit seiner Kritik an einer Kampagne der Deutschen Bahn für Empörung gesorgt?“

Aber zurück zur SPD. Die hat in den vergangenen Jahren viele Antworten auf Fragen gegeben, die keiner gestellt hat, und sich dafür um ihre ureigene, die soziale, herumgedrückt. Darum geht es hier allerdings nicht. Was die SPD mit ihrem Slogan sagen will, ist klar: Europa ist die Antwort auf alle Fragen. Die Frage ist halt, ob es auch die richtige Antwort ist. Wir machen den F.A.Z.-Schnelltest. Frage: Wer hat am Donnerstagabend mit seiner sensationellen Choreographie in der Frankfurter Commerzbank-Arena dafür gesorgt, dass sich viele Fans des FC Bayern gefragt haben, ob sie ihren Verein wirklich lieben? Die richtige Antwort, so viel sei gesagt, hat zwar mit Europa zu tun, lautet aber nicht Europa.

Frage zwei: Wie heißt der wunderbare Kontinent, den sich wegen seiner Friedfertigkeit und Aufgeklärtheit alle anderen Kontinente, vor allem die stark muslimisch beeinflussten, zum Vorbild nehmen sollten? Europa? Frage drei: Wer ist schuld am Bürokratismus, unter dem vor allem der deutsche



Mittelstand ächzt? Auch hier kann die richtige Antwort kaum „Europa“ lauten – oder, SPD? Frage vier: Was verstehen Sie unter Sozialismus? Diese Frage der „Zeit“-Kollegen im Interview mit Kevin Kühnert war eine Steilvorlage für das junge SPD-Mitglied, um seiner Genossin Katarina Barley Schützenhilfe im Europawahlkampf zu geben. Aber auch er sagte nicht „Europa“.

Dass Europa die Antwort auf alles sein soll, hat die SPD übrigens nicht exklusiv: Fast alle Parteien buhlen um den Status, immer schon die Europa-Partei schlechthin gewesen zu sein und jetzt noch viel mehr, da Europa wahlweise vor großen Herausforderungen, am Scheideweg oder am Abgrund steht, aber auf jeden Fall die Zukunft ist.

Was ist es, das dieses Europa so begehrt macht wie das Knie von Gina Lollobrigida? Klar, es ist ein Friedensprojekt. Aber das ist die Schweiz auch. Dort läuft es auch wirtschaftlich top. Trotzdem ist natürlich auch Europa ein Wirtschaftsprjekt. Nicht umsonst weist EU-Kommissar Günther Oettinger seit Jahr und Tag darauf hin, dass in China Hunderte Millionen Menschen spätestens morgens um vier Uhr aufstehen, eiskalt duschen und dann noch während des Zähneputzens das nächste Hightech-Produkt zusammenschleifen. Um sich dieser Konkurrenz zu erwehren, reichen 80 Millionen Deutsche unmöglich aus, zumal mindestens die Hälfte davon die Arbeitsmentalität von Jusos an den Tag legt.

Toll an Europa ist natürlich auch die Grenzenlosigkeit, die Überwindung nationalstaatlichen Denkens, in deren Genuss alle kommen, die der richtigen Nation angehören und die innerhalb der europäischen Grenzen leben. Aber wo verlaufen die? „Gemeinsam sind wir stärker“, sagt Barley. Das heißt doch: je mehr, desto stärker, weil desto mehr auch arbeiten und Frieden sichern können.

Die Türkei, das alte Gastarbeiterland, dürfte sich dadurch in ihrem Wunsch, zu Europa zu gehören, ebenso bestärkt fühlen wie durch eine Meldung, wonach der beliebteste Jungenvorname in Berlin Mohammed ist, was übrigens auch eine willkommenkulturelle Goodwill-Geste deutscher Eltern sein könnte. Doch Manfred Weber, der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei, hat den Türken die Tür zum Haus Europa vor der Nase zugeschlagen. Wie wird er nun dem türkischen Präsidenten Erdogan erklären, dass demnächst der Eurovision Song Contest in Tel Aviv stattfindet und dass Australien daran teilnimmt?

Das ist nur eine von vielen Fragen, die man sich in Europa und gerade auch in der SPD mal stellen sollte. Wie hieß es früher in der Schule: Es gibt keine dummen Fragen, es gibt nur dumme Antworten.

Nach vierzig Jahren Hoffnung auf Frieden

Der Krieg in Afghanistan dauert schon Jahrzehnte an, doch derzeit sind viele ausländische Akteure im Land der Meinung, er könne bald ein Ende haben.

Von Rainer Hermann

KABUL, im Mai

Dieses Mal sollte es endlich gelingen. Nie hatten die Taliban seit ihrem Sturz Ende 2001 eine größere Stadt erobert und sie auch gehalten. Am 4. April, eine Woche vor dem offiziellen Beginn ihrer Frühjahrs Offensive, fielen mehrere hundert Taliban in Bala Murghab ein, der größten Stadt der Provinz Badghis im Nordwesten Afghanistans. Die Kämpfe in der Stadt mit fast 100 000 Einwohnern dauerten Tage. Mal drangen die Taliban vor, mal wurden sie von den Soldaten des 207. Korps der afghanischen Armee zurückgeworfen. Schließlich behielt die Armee die Oberhand.

Es war auch ein Sieg der Nato, auch wenn deren Soldaten lediglich unterstützend eingegriffen haben. Die Mission, die die afghanischen Streitkräfte seit 2015 ausgebildet und berät, hat mit der Vertreibung der Taliban aus Bala Murghab einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. In der Provinz Badghis sind italienische Soldaten mit der Mission betraut. Sie operieren in unmittelbarer Nachbarschaft zum „Kommando Nord“ in Mazar-i-Scharif, an dessen Spitze der deutsche General Gerhard Ernst-Peter Klaffus steht. Sein Gebiet reicht von der Grenze zu China im Osten bis zur Grenze mit Turkmenistan im Westen. Klaffus unterstehen Soldaten aus 21 Staaten. Der Beitrag Deutschlands für die Nato-Mission „Resolute Support“ sei „sehr wichtig“, sagt General Austin Miller, der Nato-Kommandeur in Afghanistan, im Gespräch mit dieser Zeitung. Die Beteiligung Deutschlands, das nach den Vereinigten Staaten am meisten Soldaten stellt, sei ein Schlüssel für die institutionelle Entwicklung der afghanischen Streitkräfte. „Ohne die deutschen Soldaten geht es nicht.“

Auf dem Schlachtfeld machen weder die Taliban noch die afghanische Armee mehr Geländegewinne. Der Staat kontrolliert alle größeren Städte des Landes, die Taliban herrschen über dünnbesiedelte ländliche Gebiete. Entscheidend ist jedoch, dass die Streitkräfte die Taliban immer mehr aus eigener Kraft in Schach halten. Hamdullah Mohib, der Nationale Sicherheitsberater Afghanistans, führt diesen Fortschritt auf eine neue Generation zurück, die in den Streitkräften an die Spitze gerückt ist. Diese junge Armeeführung sei von der Nato ausgebildet und ausgerüstet worden, und sie erfülle deren Standards, sagt der 36 Jahre alte Mohib, der zuvor Botschafter Afghanistans in Washington gewesen ist und heute als der zweitmächtigste Mann des Landes nach Präsident Aschraf Ghani gilt. Auch General Miller ist zufrieden mit der Entwicklung der Armeeführung. Zum ersten Mal sehe er, dass sie eng zusammenarbeite und auch in die Provinzen gehe: „In Badghis haben wir den Afghanen nur geholfen. In der Operation sah ich ihre Führungsstärke.“

Der Aufbau der afghanischen Streitkräfte ist eine Herkulesaufgabe. Er erfolgt während eines Kriegs, der bereits vier Jahrzehnte andauert, und in einer Gesellschaft, in der fast achtzig Prozent der Erwachsenen Analphabeten sind. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hatten Of-



Ein Ende der Gewalt? Präsident Aschraf Ghani (Mitte) während des Schlusstages der Loya Dschirga am Freitag in Kabul

Foto AP

fiziere die Taliban bekämpft, die entweder während der kommunistischen Herrschaft von 1978 bis 1992 aufgewachsen sind und nach Pakistan fliehen mussten oder die ihre Gegner als Warlords der Mudschahedin mit Guerrillataktiken bekämpften. „Sie waren nicht ausreichend befähigt und haben sich auch gegenseitig misstraut“, sagt Mohib im Gespräch mit dieser Zeitung. Die früheren Generationen waren an einem „Dschihad“ gegen ihre Gegner interessiert, nicht am Aufbau des afghanischen Staats. Die neue Generation hingegen ist durch die Demokratie geprägt, die – wenn auch mit Defiziten – nach dem Sturz der Taliban 2001 möglich wurde.

Noch im Herbst 2018 äußerten sich Soldaten der Bundeswehr gegenüber dieser Zeitung frustriert über ihren Einsatz in Afghanistan. Sie beklagten, dass die Armee trotz jahrelanger Ausbildung durch die Nato und milliardenschwerer Ausrüstungshilfe kaum mehr könne, als befestigte Stützpunkte zu verteidigen. Zu größeren Angriffsoptionen seien nur die afghanischen Spezialkräfte und die Luftwaffe in der Lage. Die meisten afghanischen Flugzeuge und Hubschrauber könnten nachts nicht kämpfen.

Vor allem in den vergangenen sechs Monaten habe sich vieles zum Besseren gewendet, sagt Mohib. Die Armee führe nun auch selbst Nachtoperationen durch – und das nur noch mit geringer ausländischer Unterstützung. Mehr als halbiert ha-



ben sich die Opferzahlen. 2017 wurden im Schnitt täglich 30 Menschen getötet, in den ersten drei Quartalen 2018 waren es mehr als 50. In diesem Jahr werden jeden Tag 15 bis 20 Menschen getötet, überwiegend Sicherheitskräfte. Erstmals haben Soldaten hundert Personen aus den Gefangnissen der Taliban befreit. Zuletzt wurden 48 Taliban festgenommen, die, aus Pakistan kommend, nach Afghanistan in Sicherheit gebracht wurden. „Die Taliban haben ihren Zenit überschritten“, sagt Mohib. Den Taliban setzt zu, dass sie über keine Luftabwehr verfügen, um sich gegen die kleinen Kampfhubschrauber MD530 und Bomber A29 der afghanischen Armee zu verteidigen. Sobald eine Drohne eine Stellung der Taliban identifiziert hat, müssen sie innerhalb einer halben Stunde mit einem Beschuss rechnen.

General Miller betont, dass die Mission der Nato kein rasches Ende haben wird. „Wir haben eine Verpflichtung bis 2024“, sagt er. Die Staats- und Regierungschefs der Nato hatten sich am 12. Juli 2018 bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel darauf verständigt, den Aufbau der afghanischen Streitkräfte bis 2024 finanziell zu unterstützen. „Wir werden in Afghanistan sein, bis wir unsere Ziele erreicht haben, und das bedeutet sicherzustellen, dass Afghanistan nicht länger ein sicherer Zufluchtsort für internationale Terroristen ist“, sagt Botschafter Nicholas Kay, der höchste politische Vertreter der Nato in Afghanistan.

Miller ist der Befehlshaber der Nato-Mission, an der sich 39 Staaten mit 17 000 Soldaten beteiligen (die Hälfte davon aus den Vereinigten Staaten) und die keine eigenen Kampfeinsätze mehr durchführt. Waffen dürfen allein zur Selbstverteidigung eingesetzt werden. Grundlagen für die Mission der Nato sind die Resolution 2189 des UN-Sicherheitsrats vom 12. Dezember 2014 und ein vom afghanischen Parlament ratifiziertes Abkommen über die Stationierung ausländischer Truppen.

Außerdem führt Miller die separate amerikanische Operation „Freedom Sentinel“ (Freiheitswächter), die der Terrorbekämpfung dient. Zum einen verfolgen die amerikanischen Truppen Terroristen in Kampfeinsätzen, zum anderen spricht Zalmay Khalilzad, der Afghanistan-Botschafter der amerikanischen Regierung, in Doha mit den Taliban. Sie sollen sich

im Rahmen eines Friedensplans verpflichten, auf afghanischem Boden keine Terrororganisationen wie Al Qaida, die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) sowie kleinere Terrorgruppen zuzulassen.

Miller rät zur Vorsicht. Der IS sei sehr gefährlich, nicht nur für Afghanistan, auch für Europa und die Vereinigten Staaten. Die Taliban aber unterschätzen die Bedrohung durch den IS und überschätzen ihre Fähigkeiten, ihn zu bekämpfen. Die Taliban bedrohen die Nato nicht, vielmehr wollen sie die eigene Herrschaft über Afghanistan wiederherstellen. Dazu greifen sie Straßenkontrollen und Stützpunkte der afghanischen Sicherheitskräfte an und überfallen immer wieder Städte wie zuletzt Bala Murghab. Sie missbrauchen Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilde, um behaupten zu können, es würden Zivilisten getötet.

Die verbesserte Leistungsfähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte macht zweierlei möglich: Afghanistan zu befreien und zu stabilisieren und so zu verhindern, dass von dem Land eine neue Terrorgefahr ausgeht. Hamdullah Mohib, der Nationale Sicherheitsberater, sagt: „Wir müssen den Terror dort beenden, wo er wächst, sonst wird er über die Welt herfallen.“ Gelingt es nicht, die Terrorgruppen auszuschalten, werde der Krieg in Afghanistan weitergehen. Davon würde auch Europa betroffen sein, so wie bereits 2014. Damals wurden die amerikanischen Truppen auf ein Zehntel abgebaut, der Bürgerkrieg entbrannte von neuem, und ein Exodus nach Europa setzte ein. Das könne sich wiederholen, warnt Mohib. „Benötigt wird ein Frieden, der Stabilität bringt, mit Dividenden für alle.“ In der Vergangenheit waren wiederholt Waffenruhen vereinbart worden. Sie hielten sie länger als einige Tage, und das Blutvergießen begann von neuem.

Nun soll die Nato die Voraussetzungen für einen nachhaltigen politischen Prozess schaffen, indem sie die afghanischen Streitkräfte dazu befähigt, die Gewalt zu beenden. Die afghanische Führung und die Nato sind sich einig darüber, dass die Afghanen diesen Prozess selbst führen müssen. Den obersten zivilen Repräsentanten der Nato in Kabul, Nicholas Kay, stimmt zuversichtlich, dass es seit 2001 kein solches Momentum für einen Frieden gegeben habe wie derzeit. Die Afghanen seien kriegsmüde, und bei den benachbar-

ten Ländern entstehe der Konsens, dass eine Befriedung und Stabilisierung Afghanistans in ihrem Interesse liege.

Geführt werden die Gespräche für eine Annäherung aktuell von vielen Seiten, nicht aber von Afghanistan. Die Amerikaner sprechen in Doha mit den Taliban, Moskau bietet einen Ort für Gespräche afghanischer Akteure mit den Taliban an; in beiden Formaten ist die afghanische Regierung nicht vertreten. Weitere, erweiterte Gesprächsrunden könnten bald in Usbekistan stattfinden. Kay, der gerade aus Taschkent zurückgekehrt ist, hält Usbekistan für einen potentiell geeigneten Ort, um die bestehenden Gesprächsformate weiterzuentwickeln. Denn die usbekische Führung habe zu allen afghanischen Akteuren Kontakte und sei bemüht, konstruktive Beziehungen zu den regionalen und globalen Akteuren zu unterhalten.

Nun soll der innerafghanische Dialog vorangetrieben werden, der in Doha bestenfalls in Trippelschritten vorangeht. In der qatarischen Hauptstadt haben sich der Afghanistan-Botschafter der amerikanischen Regierung, Khalilzad, und die Taliban zwar auf einen – noch weit gefassten – Rahmen für einen amerikanischen Truppenabzug und eine Waffenruhe verständigt. Noch keine Einigung besteht aber bei dem Punkt, dass Afghanistan kein Rückzugsort für Terrorgruppen sein dürfe. Denn Washington definiert Terroristen anders als die Taliban. Zudem sind die Taliban bislang nur dazu bereit, Mitglieder der afghanischen Regierung als Privatpersonen zu treffen. Die afghanische Regierung hat ihrerseits nach Wochen von Konsultationen eine Delegation von 250 Personen zusammengestellt, die in Doha mit den Taliban ins Gespräch kommen soll.

Das sind Übungen für einen innerafghanischen Dialog, der langsam einsetzt. Nur wenn er wirklich zustande kommt, können die Afghanen den Friedensprozess selbst führen. Noch gebe es zu viele Personen, die miteinander im regionalen und globalen Wettbewerb stünden und vom Endziel ablenkten, klagt der Nationale Sicherheitsberater Mohib. Viele Länder hätten ihre Finger im Spiel, für jedes Land sei eine andere Terrorgruppe gefährlich. Die Vorarbeit für einen Dialog ist jedoch geleistet. Präsident Ghani hatte im Februar 2018 ohne Vorbereitungen seine Bereitschaft zu Gesprächen mit den Taliban erklärt. In den vergangenen zwei Jahren haben außerdem islamische Religionsgelehrte in Indonesien sowie die Organisation für islamische Zusammenarbeit in Dschidda dem Krieg der Taliban jegliche Legitimität abgesprochen.

Die Nato ermutigt alle Akteure, die afghanischen wie die regionalen, das Momentum für einen Friedensprozess zu nutzen. Im Fokus steht Pakistan, das mit seiner Unterstützung für die Taliban einen großen Anteil an der Eskalation des Kriegs hat. Nato-Botschafter Kay ist davon überzeugt, dass in Pakistan ein Umdenken einsetzt. Nicht zuletzt aufgrund des Bevölkerungswachstums müsse sich Pakistan öffnen und neue Absatzmärkte erschließen, etwa in Zentralasien und in Indien. Pakistan könne erheblich von einem stabilen Afghanistan und einer stabilen Region profitieren, sagt Kay.

Das größte Risiko bleibt, dass die Taliban fälschlicherweise glauben, auf einen Abzug der ausländischen, vor allem der amerikanischen Truppen warten zu können, um dann wieder über Afghanistan zu herrschen, wie von 1996 bis 2001. Bei den Taliban dächten einige so, sagt Kay. Andere jedoch warteten vor einem solchen Szenario. Denn bei einem Sicherheitsvakuum würde das Land rasch wieder in einen Bürgerkrieg abgleiten, in dem die Taliban abermals isoliert seien. Deswegen sollten die Taliban, so Kay, ein Interesse an Verhandlungen über einen nachhaltigen Frieden haben.

Facebook-Razzia gegen Hetzer

Das soziale Netzwerk sperrt Konten von amerikanischen Extremisten – in Zeiten von Trump ein Balanceakt / Von Roland Lindner und Majid Sattar

NEW YORK/WASHINGTON, 3. Mai. Soziale Netzwerke wie Facebook haben sich traditionell als Instrumente für freie Meinungsäußerung verstanden, die jedem eine Stimme geben. Dieses Selbstbild passt zum Weltverbesserungsanspruch, den viele Unternehmen aus dem Silicon Valley kultivieren. Es hat aber auch dafür gesorgt, dass diese Dienste zu Tummelplätzen für Terrorpropaganda, Hetze und Gewalt geworden sind. Facebook, Twitter und andere Plattformen müssen sich immer wieder nachsagen lassen, zu wenig gegen solches Material zu tun. Sie alle haben zwar Nutzerrichtlinien, die bestimmte Inhalte verbieten. Ihnen wird aber oft vorgeworfen, dass sie diese Regeln nicht konsequent umsetzen.

Jetzt hat Facebook seine bislang weitreichendste Aktion gegen extremistische Stimmen aus seiner Heimat angekündigt. Das Unternehmen kündigte an, sieben besonders kontroverse Persönlichkeiten von seiner namensgebenden Stammsite und auch von dem zum Konzern gehörenden Fotodienst Instagram auszuschließen. Es handelt sich vor allem um Provokateure und Verschwörungstheoretiker vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums. Darunter ist der berühmte Krawallmacher Alex Jones, der zum Beispiel behauptet hat, das Massaker an einer Grundschule in Newtown im Jahr 2012, bei dem zwanzig Kinder und mehrere Erwachsene starben, habe gar

nicht stattgefunden, sondern sei von Waffengegnern mit Schauspielern inszeniert worden. Gesperrt wurde auch Louis Farrakhan, der Anführer der Gruppe „Nation of Islam“, der oft mit antisemitischen Äußerungen aufgefallen ist und beispielsweise Juden mit Termiten verglichen hat. Ebenfalls gesperrt wurde Laura Loomer, eine rechtsgerichtete jüdische Aktivistin, die eine anti-islamische Agenda verfolgt. In Tweets machte die 26 Jahre alte Frau etwa pauschal Muslime für Terroranschläge islamistischer Terroristen verantwortlich.

Facebook teilte außerdem mit, neben den Konten dieser Personen auch mit ihnen verbundene Inhalte zu sperren, also Fanseiten, Gruppen oder Hinweise auf Veranstaltungen. Das soziale Netzwerk erklärte seine Entscheidung nicht mit konkreten Äußerungen dieser Personen, sondern sagte lediglich allgemein, der Ausschluss gehe auf seine Richtlinien zurück, die keine „gefährlichen Personen und Organisationen“ zulassen. Facebook habe schon immer und „unabhängig von Ideologie“ Nutzer ausgeschlossen, die Gewalt und Hass propagieren.

Tatsächlich sperren Facebook und andere soziale Netzwerke seit geraumer Zeit Nutzerkonten, die mit ausländischen Terrorgruppen in Verbindung stehen. Beim Umgang mit extremistischen Stimmen in ihrer amerikanischen Heimat waren sie aber vorsichtiger. Oft wurden zum Bei-

spiel nur einzelne Inhalte anstatt ganzer Konten entfernt, oder es gab vorübergehende Sperren. Die Plattformen gehen sehr uneinheitlich mit umstrittenen Persönlichkeiten um. Den jetzt von Facebook ausgeschlossenen Milo Yiannopoulos zum Beispiel, der einst als Autor des rechtspopulistischen Online-Portals „Breitbart“ bekannt wurde, hatte Twitter schon 2016 von seinem Netzwerk ausgeschlossen. Auch Laura Loomer bekam schon im vergangenen Jahr Twitter-Verbot. Dafür sind andere Personen, die von der nun verhängten Facebook-Sperre betroffen sind, weiterhin präsent in anderen sozialen Netzwerken.

Die Unternehmen tun sich oft schwer, zu erklären, welche Inhalte sie anstößig genug finden, um einen Ausschluss zu rechtfertigen. Facebook-Geschäftsführer Mark Zuckerberg sorgte zum Beispiel im vergangenen Jahr mit einem Interview für Aufregung, in dem er suggerierte, wer den Holocaust leugne, tue das womöglich unabsichtlich, weshalb entsprechende Inhalte auch nicht von Facebook entfernt werden sollten. Twitter wiederum ist oft gefragt worden, ob viele der Einträge des amerikanischen Präsidenten Donald Trump nicht gegen Nutzungsbedingungen der Seite verstoßen, in denen zum Beispiel Äußerungen verboten werden, die „belästigen“ oder „einschüchtern“. Twitter-Vorstandschef Jack Dorsey vertrat die Position, für bedeutende Politiker sei eine

Ausnahme gerechtfertigt. „Ihre kontroversen Tweets zu entfernen, würde wichtige Informationen vorenthalten, die Menschen sehen und debattieren sollten“, sagte er vor einiger Zeit.

Facebooks Schritt kommt zu einem kritischen Zeitpunkt. Haben Politiker in Europa die sozialen Netzwerke in den vergangenen Jahren für die gesellschaftspolitische Dimension ihrer Plattformen zu sensibilisieren versucht, gab es in Amerika zuletzt eine gegenläufige Tendenz. Trump beschuldigt Facebook, Twitter und Co. offen, rechte Meinungen zu zensieren und damit die Meinungsfreiheit einzuschränken. Erst in der vergangenen Woche hatte Trump sich mit dem Twitter-Vorstandschef Jack Dorsey getroffen. Er hatte dessen Unternehmen Diskriminierung vorgeworfen und im März angekündigt, dass seine Regierung „etwas dagegen tun“ müsse. Trump hatte auch kein Geheimnis daraus gemacht, dass die Angelegenheit für ihn eine persönliche ist. Ein Teil der rechtspopulistischen Aktivisten in den sozialen Medien dient Trump als Multiplikator seiner Botschaften. Für die Mobilisierung seiner Wählerbasis sind die Plattformen mindestens so wichtig wie die zahlreichen „Talk-Radio“-Formate vom rechten Rand, in denen das sogenannte Establishment in Washington verunglimpft wird.

Als kürzlich der neue brasilianische Präsident Jair Bolsonaro im Weißen Haus war, ein Gesinnungsgenosse, der die so-

zialen Medien ebenfalls zu nutzen versteht, sagte Trump: „Millionen Leute folgen mir auf Twitter.“ Er spüre, dass Veränderungen im Gange seien: „Dinge passieren, Namen werden geblockt, die Leute kommen nicht mehr durch.“ Unter dem Hashtag „Stopthebias“, also: stoppt die Meinungsverzerrung, kündigte Trump an, sich der Sache anzunehmen.

Alex Jones, einer der jetzt Gesperrten, ist ein Verbündeter Trumps aus Wahlkampftagen. Trump war Gast des rechtsradikalen Radiomoderators und Medienunternehmers, der die berühmte Website „Infowars“ betreibt, und einen inzwischen eingestellten Youtube-Kanal mit 2,4 Millionen Abonnenten. Seine Inhalte verbreitete er über diverse digitale Kanäle. Facebook hatte 2018 schon einmal Jones' persönlichen Account für dreißig Tage gesperrt, da er in menschenverachtender Manier über Einwanderer, Muslime, Transgender-Leute und vor allem Hillary Clinton hergezogen und wüste Verschwörungstheorien verbreitet hatte. Twitter hatte ihn schon vorher entfernt.

Trump beobachtete Facebooks Aktion offenbar mit großem Interesse. Nachdem die Ausschlüsse am Donnerstag bekannt wurden, verbreitete er auf Twitter den Tweet einer Fox-Journalistin: Die Sperren würden eine wichtige und große Geschichte für den Wahlkampf 2020 sein. (Kommentar Seite 10.)